

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 886 848 pbbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zu den deutsch-deutschen Beziehungen: Die Normalisierung weiter ausbauen.

Seite 1

Waltraud Steinhauer MdB zur Frauenbeteiligung im Sport: Brauchen wir auch im Sport die Quote?

Seite 4

Dokumentation:

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuß zur Woche der ausländischen Mitbürger, die im September stattfindet, hat jetzt einen Aufruf veröffentlicht, den wir im Wortlaut dokumentieren.

Seite 6

44. Jahrgang / 25

3. Februar 1989

Die Normalisierung weiter ausbauen

Gedanken zu den deutsch-deutschen Beziehungen

Von Dr. Wilhelm Bruns

Abteilungsleiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.

Es werden die falschen Klassiker zitiert. Diese allgemeine Beobachtung gilt offenbar auch für die deutsch-deutschen Beziehungen. Zitieren sollte man nicht Ernst Moritz Arndt oder Bismarck oder Karl Marx. Ich empfehle vielmehr ein Klassikerzitat, das als Leitsatz für die deutsch-deutschen Beziehungen gelten könnte.

Bei Friedrich Schiller lesen wir:

„Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.“

Die „Sachen“ werden bestimmt durch die Existenz zweier deutscher Staaten und durch eine solche politische Konstellation in Europa, die auf absehbare Zeit jede Alternative zur Normalisierungsperspektive als puren Voluntarismus erscheinen läßt.

Zu den „Sachen“ einige Stichworte.

II.

Die SED ist unser ideologischer Gegner, die DDR hingegen unser politischer Partner. Die Deutsche Demokratische Republik ist unser Nachbar und gleichzeitig ein deutscher Staat. Beide deutsche Staaten liegen an der Nahtstelle zweier antagonistischer Systeme. Sie stehen in einem Systemwettbewerb. Die beiden deutschen Staaten haben eine gemeinsame Geschichte. Und nicht zuletzt: Sie haben eine friedenspolitische Verantwortung.

Diese Stichworte stehen hier für bestimmte zum Teil komplexe Sachverhalte. Auf jeden Fall muß daraus zweierlei entwickelt werden:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Erweitern Sie Ihren
Kontakt mit uns
über den
Rezeptions-Punkt



1. Eine deutsch-deutsche Partnerschaft der Vernunft, eine Auseinandersetzung, die zeitgemäß ist, das heißt konstruktiv.

Und

2. Eine deutsch-deutsche Tagesordnung, bei der es keine Themen- und Gesprächsverweigerung geben darf und die zur weiteren Verstärkung der deutsch-deutschen Beziehungen führt.

III.

Dabei brauchen wir nicht bei Null anzufangen. Beide Seiten stellen fest, daß wir viel erreicht haben, aber - darin stimmen beide Seiten auch überein - vom Erreichbaren noch ein erhebliches Stück entfernt sind. Das Erreichbare ist die Normalisierung. Das heißt, Bundesrepublik und DDR haben nur eine - gemeinsame - Perspektive, nämlich die Normalisierungsperspektive. Dafür haben wir eine gemeinsame Basis, verabredete Mittel und Instrumente, sowie ein gemeinsames Ziel und bereits erhebliche Erfolge auf dem Weg dorthin.

Für eine Wiedervereinigungsperspektive haben wir dagegen lediglich Wünsche und Erwartungen, jedoch keine Grundlage, keine Konzeption, keine Unterstützung der Nachbarn oder der westlichen Alliierten.

Daraus folgt: Normalisierung weiter ausbauen mit dem Ziel, daß die bestehenden Grenzen zwischen den fortbestehenden deutschen Staaten durchlässiger werden.

Ein bescheidenes, aber realistisches Ziel!

IV.

Jedermann weiß, daß es sich bei den deutsch-deutschen Beziehungen nicht um eine „Erfolgsgeschichte“ handelt. Aber Erfolg ist eine abhängige Variable. Abhängig von einigen Bedingungen, Erfolgsbedingungen.

Lassen sich Erfahrungen und Erkenntnisse in den deutsch-deutschen Beziehungen so verallgemeinern, daß sie zu Erfolgsbedingungen verdichtet werden können, um damit auch den Regierungen ein paar Empfehlungen zu geben?

Aus der Analyse der Erfahrungen mit 16 Jahren deutsch-deutscher Beziehungen ergeben sich einige Verhaltensregeln beziehungsweise Erfolgsbedingungen für ihre Weiterentwicklung. Ich beschränke mich auf sechs:

1. Vereinbarte Basis deutsch-deutscher Beziehungen sind nicht die Wünsche irgendeines Politikers oder die Sprüche des Bundesverfassungsgerichts, sondern der Grundlagenvertrag (ein Meisterwerk, wenn man die gegensätzlichen Interessen der Beteiligten und das damalige internationale Umfeld bedenkt). Immer dann, wenn diese Basis verlassen wird, werden die deutsch-deutschen Beziehungen schwieriger.

2. Keiner darf den anderen überfordern. Dies verlangt zum einen den ständigen Kontakt auf allen Ebenen, zum anderen stellen sich auch große Anforderungen an die DDR-Forschung bei uns. Das heißt, gefragt sind nüchterne Analysen statt unkontrollierter Spekulationen. Dazu will das Buch einen Beitrag leisten!
3. Eine weitere Erfolgsbedingung ist die Konzentration auf das Machbare unterhalb des Grundsatz-Dissenses. Es gilt also, aus dem Problemhaushalt deutsch-deutscher Beziehungen das Verhandlungsfähige herauszufinden!
4. Des weiteren muß man darauf achten, daß nicht bei jedem Ereignis oder Einzelproblem der gesamte Ansatz in Frage gestellt wird. An die Adresse der Bundesregierung heißt dies: Nicht bei jedem unfreundlichen Akt von seiten der DDR sich vom Kurs abbringen lassen.
5. Abhängig ist der Erfolg in den deutsch-deutschen Beziehungen von der Berechenbarkeit beider Seiten. Dies bedeutet das Vermeiden von Irritationen und Unklarheiten.

Auf seiten der Bundesrepublik gibt es Klärungsbedarf in einigen Punkten:

- Was ist das Konzept: Überwindung der Teilung oder die Überwindung der Trennung?
- Geht es um Normalisierung oder Wiedervereinigung?
- Wie steht es um das Verhältnis von Intensivierter Westintegration und deutscher Einheit?

Zugespißt formuliert könnte man sagen:

Die deutsche Frage im Jahre 1989 ist ein deutscher Widerspruch! Je intensiver die Westbindung mit dem Gemeinsamen Markt ab 1992 und der Politischen Union des EG-Europas werden wird, desto unwahrscheinlicher wird die Wiedervereinigung Deutschlands.

Demnach gibt es einen offenkundigen Widerspruch zwischen realen westeuropäischen Integrationsschritten und irrationalen Wünschen, gespeist durch eine bestimmte deutschlandpolitische Rhetorik. „Sowohl als auch“ geht hier nicht.

6. Und nicht zuletzt: Es darf keine Themen- und Gesprächsverweigerungen geben. In diesem Zusammenhang frage ich: Wie hält es die Bundesregierung mit der sicherheitspolitischen Komponente, die die DDR zur alles überragenden Frage erklärt?

Ich darf eine aktuelle Bemerkung anfügen: Im März 1989 beginnen zwei wichtige Konferenzen, an denen die beiden deutschen Staaten gleichberechtigt teilnehmen. Ich meine die Konferenz über konventionelle Abrüstung in Europa und die über die vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen. Konventionelle Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen sind für die beiden deutschen Staaten von existentiellstem Interesse. Das Einfache wäre: Bundesrepublik und DDR beteiligen sich mit Vorschlägen und Überlegungen, die gemeinsam oder abgestimmt eingebracht werden. Dies wäre kein deutscher Sonderweg, sondern Ausdruck des spezifischen deutschen Interesses! Warum sollte das Einfache so schwierig sein? (-/3.2.1989/va-he/rs)

(Der Autor trug diese Gedanken bei der Vorstellung seines neuen Buches „Von der Deutschland-Politik zur DDR-Politik?“ in Bonn vor.)

Brauchen wir auch im Sport die Quote?

Zur Frauenbeteiligung im Sport

Von Waltraud Steinhauer MdB

Mitglied des Sport-Ausschusses des Deutschen Bundestages

Die stärkere Beteiligung der Frauen im Sport trägt zu einem aktiven Frauenbild bei. Die Frauen haben sich jedoch den Sport nicht auf allen Ebenen zu eigen gemacht. Dies wurde unter anderem durch soziale Hemmnisse verhindert.

Die öffentliche Problematisierung der Situation von Mädchen und Frauen im Sport macht deutlich:

- Der Sport ist in vielen Teilbereichen nach wie vor eine Männerdomäne, wird auch so wahrgenommen und durch die Medien vermittelt.
- Allerdings hat sich das Spektrum der Sportarten und Wettkampfdisziplinen für Frauen erheblich ausgeweitet. Typisch weibliche Sportarten wurden durch die Zulassung bei Olympia aufgewertet - Frauen sind in Männerbastionen eingebrochen.
- Im Zuge der gestiegenen Sportbeteiligung von Frauen und eines gesellschaftlich sich wandelnden Körper- und Gesundheitsbewußtseins sind erste Ansätze eines weiblichen Sportverständnisses erkennbar, welches sich in einer durch Frauen formulierten neuen Bewegungs- und Körperkultur ausdrückt.
- Trotz höheren weiblichen Mitgliederanteils sind Frauen in den entscheidenden Führungspositionen und Gremien des organisierten Sports weitgehend unterrepräsentiert. Der Anteil der Sportlerinnen in den Verbänden stieg inzwischen auf 36 Prozent - im Gründungsjahr des DSB waren es nur zehn Prozent - aber in der Sportorganisation spiegelt sich das Verhältnis nicht wider. Die Statistik gleicht hier denen der Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsunternehmen. In den Vorständen der Vereine sind nicht einmal zu einem Viertel Frauen vertreten, in denen ehrenamtlichen Gremien des DSB lediglich vier Prozent und in den Präsidien der Sportverbände fünf Prozent.

Frauen im Sport werden immer noch überwiegend auf ihre soziale und pädagogische Funktion reduziert. Wo das Ehrenamt wirklich mit Ehre verbunden ist, tummeln sich jedoch die Männer.

Die Benachteiligung von Frauen bei der Sportausübung, der Sportförderung, der Interessenvertretung im Verein, Verband und in der Öffentlichkeit kann nur abgebaut werden, wenn die Frauen im organisierten Sport auf allen Ebenen an den Schalthebeln der Macht sitzen und weibliche Bedürfnisse nach Bewegung und Sport selbstbestimmt in den Sportbetrieb einbringen. Die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen am Sport umfaßt nicht nur eine zahlenmäßige stärkere Beteiligung von Frauen am Sport, sondern verlangt auch eine Verbesserung der Stellung der Frauen im Sport. Frauen sollen mehr und vielseitiger Sport betreiben und Sport auf allen Ebenen

- mitorganisieren,
- mitverwalten,
- mitbestimmen,
- mitverantworten.

Perspektivisch für die Zukunft betrachtet bedeutet das, gezielte Maßnahmen für die Umsetzung der Gleichstellung von Mädchen und Frauen im Sport zu ergreifen, die sich nicht nur in gemeinsamen Lippenbekenntnissen, sondern auch im gemeinsamen Handeln niederschlagen. Es müssen reelle Chancen zum Einstieg geschaffen werden, die die Schwierigkeiten, die sich für Frauen aufgrund ihrer anderen Lebenssituation und Sozialisation für eine Mitarbeit ergeben, berücksichtigen.

Erste Wege sind gemeinsam schon beschritten worden. Als mögliche Maßnahmen werden innerhalb des DSJ, des DSB und ihrer Mitgliederorganisationen seit einiger Zeit

- Quotierungen,
- inhaltliche wie redaktionelle Satzungsänderungen im Sinne der Einbeziehung der weiblichen Sprachform und größeren Beteiligung weiblicher Delegierter,
- sowie Frauenförderpläne diskutiert und zum Teil schon verabschiedet.

Es bleibt das Fazit: Frauen müssen ihre Interessen und Ansprüche selbst definieren und vertreten, und sie müssen versuchen sie durchzusetzen.

Die Praxis wird zeigen, ob auch im Sport die Quote das einzige Mittel ist, um die Frauenbeteiligung zu verstärken.

(-/3.1.1989/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Die Würde der Ausländer schützen

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuß zur Woche der ausländischen Mitbürger, die im September stattfindet, hat jetzt einen Aufruf veröffentlicht, den wir im Wortlaut dokumentieren.

Die Würde von Ausländern wird in der Bundesrepublik Deutschland vielfach verletzt. Vor 40 Jahren ist das Grundgesetz, das auch Ausländern den Schutz ihrer menschlichen Würde garantiert, in Kraft getreten. Deshalb hat der Ökumenische Vorbereitungsausschuß, dem Vertreter aller christlichen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland angehören, als neues Motto für die Ausländerwoche gewählt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Die Ausländerwoche findet vom 25. bis 30. September statt.

Es ist mit der Menschenwürde unvereinbar, Flüchtlinge, die kein Asyl erhalten konnten, wieder in Kriegs- und Krisengebiete wie zum Beispiel den Libanon abzuschicken, wo ihr Leben in Gefahr ist. Der Ökumenische Vorbereitungsausschuß bittet die politisch Verantwortlichen eindringlich, Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete zu unterbinden und der Verpflichtung von Artikel 1 und 2 Grundgesetz Folge zu leisten. Mit der Menschenwürde ist es ebenso unvereinbar, Asylsuchende mit einem langjährigen Arbeitsverbot zu belegen, ihre Freizügigkeit zu beschränken und sie weiteren abschreckenden Maßnahmen zu unterwerfen.

In der Bundesrepublik Deutschland ist oft unbekannt, daß das Recht auf Wohnung ein Menschenrecht ist. Schon vor der Zuwanderung von Aussiedlern aus europäischen Ländern war es für Ausländer insbesondere mit dunklerer Hautfarbe äußerst schwer, eine Wohnung zu finden. Ausländer und andere gesellschaftlich schwache Gruppen unserer Gesellschaft dürfen gegenüber Aussiedlern bei Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche nicht benachteiligt werden. Denn Ausländer, Asylsuchende und Aussiedler brauchen gleichermaßen unsere Unterstützung. Sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Einschränkungen des Familiennachzugs durch Bedingungen wie einjährige Ehebestandszeit, achtjähriger ununterbrochener, rechtmäßiger Aufenthalt et cetera beschneiden Artikel 6 Grundgesetz. Sie verletzen die Menschenwürde der Betroffenen. Warum darf zum Beispiel eine schwangere türkische Frau nach der Eheschließung nicht vor Ablauf eines Jahres zu ihrem Mann in die Bundesrepublik kommen und muß ihr Kind in der Türkei gebären?

Zur Menschenwürde und zum Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 2 Grundgesetz) gehört auch die Möglichkeit einer konsequenten Lebensplanung. Immer noch hält das geltende Ausländerrecht ausländische Mitbürger in Unsicherheit. Verbesserungen wie sie von Kirchen und Gewerkschaften seit Jahren gefordert werden, sollten 1989 endlich umgesetzt werden. Wer seinen Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik hat, muß das Recht auf einen gesicherten Aufenthalt haben.

Das Recht auf ungestörte Religionsausübung ist Teil der Menschenwürde. Wenn Moscheen gebaut werden sollen, gibt es jedoch in vielen Kommunen Widerstände und Vorbehalte.

(-/3.2.1989/vo-he/rs)